

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 66 846 ppbn d

Inhalt

Erhard Eppler MdL, Mitglied des SPD-Präsidiums, zur Politik der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg: Besser nachgedacht und sauberer kalkuliert.

Seite 1-4

Helmut Sieglerschmidt MdB/MdEP beschreibt den schwierigen Umgang mit Asylbewerbern: Probleme mit einem Grundrecht.

Seite 5/6

Gerd Walter MdEP kommentiert einen Antrag der Europäischen Volkspartei im EP: Christdemokrat Klepsch und das liebe Geld.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 812-1

35. Jahrgang / 36

21. Februar 1980

Besser nachgedacht und sauberer kalkuliert

Zur Politik der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg

Von Erhard Eppler MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Die baden-württembergischen Sozialdemokraten gehen in den Wahlkampf ohne Rosinen im Kopf, ohne Oberheblichkeit, ohne falsche Erwartungen, aber mit einem höchst gesunden Selbstbewußtsein. Dieses Selbstbewußtsein hat solide Fundamente, bundespolitische und landespolitische.

Zehn Jahre sozialdemokratischer Führung in der Bundesrepublik haben Deutschland gut getan. Und der Tatbestand allein, daß die Union in zehn Jahren konstruktive Opposition noch nicht gelernt hat, ist keine ausreichende Begründung, daran etwas zu ändern.

Wenn man schon darüber reden müßte, was heute Spitze ist, wer den blühendsten Außenhandel, die stärkste Währung, die größten Devisenreserven, die höchsten Realeinkommen, die beste soziale Sicherung, das erträglichste Sozialklima hat, dann wäre das unter allen großen Industrieländern der Erde die seit zehn Jahren sozialdemokratisch geführte Bundesrepublik Deutschland.

Auch landespolitisch können wir uns sehen lassen. Es lohnt sich, noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, worüber in den letzten vier Jahren, vor allem 1976, in unserem Bundesland gestritten wurde. Da gab es den Streit um die öffentlichen Dienstleistungen. Der damalige Ministerpräsident erklärte 1976 zum Entzücken vieler sparsamer Schwaben- und Alemannenseelen: In den nächsten vier Jahren, also bis 1980, wird es in Baden-Württemberg keine neue Stelle geben. Wir waren ehrlich genug zu sagen: Das geht gar nicht: Wir brauchen mehr Sportlehrer, Bewährungshelfer, Sozialarbeiter, Musikpädagogen. Wir müssen mehr tun für Erwachsenenbildung, Drogenberatung, Jugendarbeit. Das war nicht populär. Aber es war richtig.

Inzwischen sind seit 1976 mehr als 13.000 neue Stellen geschaffen worden, nicht alle, die nötig gewesen wären, aber immerhin mehr als keine. Die CDU hat sich weithin unseren Forderungen anschließen müssen, weil die Wirklichkeit stärker war als ihre Ideologie.

Bewährte Leistung
mit neuem Kulturbild
Kulturpolitik



Heute ist nicht mehr umstritten, daß in einer Gesellschaft, in der die Produktion und ein Teil der klassischen Dienstleistungen immer mehr rationalisiert werden, mehr Dienstleistungen unmittelbar am Menschen, private wie öffentliche, nötig sind.

Als wir 1973, mit einem ersten Höhepunkt auf unserer Energiekonferenz im Juni 1975 in Reutlingen, das Energiesparen zur ersten Priorität erhoben, da reiste jener Ministerpräsident durchs Land und spöttelte über die Puritaner, die mit christlicher Verzichtsethik das Wachstum bremsen wollten. Heute sind wir in der Theorie alle einig. Und die nächsten vier Jahre werden in Bund und Land im Zeichen des vernünftigen Umgangs mit Energie stehen.

1976 erklärte der damalige Ministerpräsident, wenn Wylf nicht gebaut werde, gingen Ende der Siebziger Jahre die Lichter aus. Nun sind wir am Anfang der Achtzigerjahre, die Lichter brennen auch diesen Winter, obwohl übrigens Neckarwestheim wegen Betriebsstörungen die meiste Zeit abgeschaltet war. Es sollen da in Stuttgart einige Lichter ausgegangen sein, aber das waren keine elektrischen.

Wir hatten 1976 gefordert, vorläufig keine neuen Baugenehmigungen für Atomkraftwerke zu erteilen. Das wurde von der CDU mit Untergangsprophetieungen beantwortet. Tatsache ist, daß es in Baden-Württemberg seit 1976 keine neue Baugenehmigung gegeben hat. Auch hier waren die Fakten, genauer gesagt, die Überkapazitäten und damit der Markt, stärker als die Ideologie der CDU. Daher wird es für die anderen nicht ganz leicht sein, diesmal mit derselben Angstschreie zu landen.

Auch in der Verkehrspolitik stehen wir heute besser da als 1976. Die meisten Pläne für Streckenstilllegungen bei der Bundesbahn, die uns vor genau vier Jahren, drei Monate vor der Wahl, auf den Tisch kamen, sind nun im Papierkorb. Und die meisten der überdrehten Planungen für den Straßenbau auch.

Es war ja gar nicht so ungefährlich, als wir uns in Freiburg 1975 gegen die Neckar-Alb-Autobahn und gegen die Hochschwarzwaldautobahn aussprachen. Wie hat sich die Landesregierung damals errogt. Inzwischen waren auch hier Vernunft und Fakten stärker als die Ideologie der CDU. Auch Herr Späth hat, spät aber wendig, die Kurve gekratzt.

Auch in der Sozialpolitik sind wir ein Stück weitergekommen. Es ist nicht unsere Art, durch Prämien die Geburtenfreudigkeit anzuregen, wir wollen den Familien mit Kindern kontinuierlich helfen: durch den beitragsfreien Kindergarten und schließlich auch durch die kostenlose Schülerbeförderung. Es gibt keinen Grund dafür, warum Eltern, die nicht am Schulort wohnen, mehr zur Kasse gebeten werden sollen als solche, die zufällig dort wohnen. Und es gibt noch weniger Grund dafür, daß der Zugang zu Schulen und Hochschulen frei ist, der zum Kindergarten aber den Geldbeutel gerade der jungen Eltern strapaziert.

So seltsam es klingen mag: Es ist in diesen vier Jahren nur wenig von dem geschehen, was die Mehrheitspartei angekündigt hatte, aber viel von dem, was die Opposition diesen Ankündigungen entgegengesetzt hatte. Während es zu den Grundfiguren demokratischen Lebens gehört, daß schließlich die Opposition sich anpassen muß an die Fakten, die eine Regierung gegen den Willen der Opposition gesetzt hat, war es in den vier Jahren umgekehrt: Die Regierung mußte sich an die Politik der Opposition anpassen, ganz einfach, weil wir ein bißchen besser nachgedacht und sauberer kalkuliert hatten.

Wenn die SPD in Baden-Württemberg jetzt in die Landtagswahl geht unter dem Stichwort: Für ein bißchen mehr Menschlichkeit, dann ist damit nur zusammengefaßt, was sie seit Jahren kontinuierlich tut und was sie auch in den nächsten Jahren tun wird. Damit greift sie eine Grundstimmung auf, die heute in allen Industriegesellschaften sichtbar wird, umso stärker, je weiter sie technisch fortgeschritten sind: Die Menschen spüren, daß Wohlstand gut ist, aber menschliches Miteinander dadurch nicht einfacher, sondern schwieriger wird. Daß technische Entwicklung das Leben bequemer, aber auch leerer, kälter macht. Daß immer mehr eben nur selten immer besser bedeutet. Daß eine gute Rente wichtig ist, aber keine Einsamkeit überwindet. Daß eine nagelneue Schule viele Vorteile hat, aber noch kein Klima



des gelösten Gesprächs garantiert. Daß ein hochmodernes Krankenhaus helfen kann, Leben zu retten, daß aber Orgien aus Chrom und Stahl auch Menschen bedrücken, ängstigen und krank machen können. Daß das Fernsehen uns ganz neue Welten erschließen, uns aber auch zu abgestumpften Konsumenten reduzieren kann.

Alle sechs Hauptthemen, die wir formuliert und jetzt zu einem präzisen Programm verdichtet haben, zielen in diesem Sinne auf mehr Menschlichkeit.

Wir stehen für eine Schulpolitik, die gegen eine verkrustete Schulbürokratie der Schule am Ort den Freiraum erkämpfen will, in dem sich Menschlichkeit entfalten kann: Im lebendigen Gespräch zwischen Lehrern, Eltern, Kommunalpolitikern, Schülern, über Schulorganisation, aber auch über Sinn, Inhalt und Methoden von Erziehung.

Was die Sozialdemokraten im Land beim Thema "Recht auf Arbeit" wollen, zielt nicht nur auf mehr Arbeitsplätze, sondern noch mehr auf menschlichere Arbeitsplätze. Mehr Mitbestimmung und Mitverantwortung am Arbeitsplatz, Schutz vor Abqualifizierung der Arbeit, mehr Möglichkeiten zu Teilzeitarbeit, Ausbau der Arbeitsmedizin, Erholungspausen, Bildungsurlaub. Abbau aller nicht zwingend erforderlichen Schichtarbeit, dies alles hat mehr Menschlichkeit in der Arbeit zum Ziel. Arbeit ist nicht nur Mittel zum Zweck der Produktion, sie hat auch einen Wert in sich. Wenn die Qualität unseres Lebens sich an der Qualität unserer Arbeit entscheidet, dann muß für Sozialdemokraten in Bund und Land, in Gewerkschaften und Parlamenten, hier eine zentrale Aufgabe liegen.

Ohne ein Höchstmaß an Freiheit gibt es kein menschliches Miteinander. Deshalb setzen wir Bürgerfreiheit gegen Obrigkeitsstaat. Weil wir wissen: Bürokratisierung baut man nicht ab, indem man die Beamten mit allerhand Banalitäten in einem Beamten-Knigge verärgert, sondern, indem man Aufgaben an die Basis delegiert. Bürgernähe bedeutet für uns nicht, daß hohe Herren mit unverbindlichem Gerede dem Bürger auf den Leib rücken, um dann nachher noch zu tun, was ihren technokratischen Vorurteilen entspricht. Bürgernähe muß der Verzicht sein, den Bürger an die politischen Entscheidungen heranzuführen.

Zur Bürgerfreiheit gehört auch die geistige Freiheit. Wir werden, wenn die Bürger uns dazu das Mandat geben, die Hochschulgesetze ändern, die Autonomie der Hochschulen wiederherstellen und die Studentenvertretungen durch verfaßte Studentenschaften wieder aktionsfähig machen.

Wir werden nicht mit von der Partie sein, wenn die CDU den mündigen Bürger, dem sie sonst so wenig zutraut, nun ausgerechnet beim Kabelfernsehen entdeckt. Wer Intendanten denunziert, weil ihm ein Theaterstück nicht paßt, wer Redakteure von Schülerzeitungen bespitzeln läßt, wer Unterrichtsmaterialien kontrollieren will, weil er den Lehrern nicht traut, wer sich entrüstet, weil Pornographie nicht mehr kriminalisiert wird, der muß sich fragen lassen, warum er jetzt jede Art von privat produziertem Fernsehschund dem plötzlich so mündigen Bürger frei Haus liefern will. Wahrscheinlich doch nur, weil hier wirtschaftliche Interessen im Spiel sind, gegen die man nicht aufzumucken wagt.

Und schließlich: Wir werden auch in kommenden Landtag dafür eintreten, daß nur der vom öffentlichen Dienst ferngehalten wird, der durch nachweisbare eigene Aktivitäten unserer Verfassung ans Leder will. Wir halten uns an einen der tragenden Grundsätze westeuropäischer Rechtstradition: Daß nur Handlungen, keine Gesinnungen verfolgt werden dürfen.

Unter dem Stichwort "Vernunft statt Beton" will die SPD im Land nicht nur Natur schonen und Energie sparen, sondern auch Menschen helfen. Den Familien, die unter dem Lärm der großen Straßen leiden, den Arbeitnehmern, die sich in Autoschlangen zum Arbeitsplatz quälen, den Alten, die ohne Auto einkaufen müssen, den Urlaubern, die den Hochschwarzwald genießen wollen.

Deshalb haben wir ein Verkehrskonzept aus einem Guß, das nicht nur aus hehren Grundsätzen, sondern aus klaren Detailforderungen besteht. Auf keinem anderen Gebiet läßt sich so



schlüssig nachweisen, was der Unterschied ist zwischen technokratischem Größenwahn und einer Politik, die sich ein bißchen mehr Menschlichkeit zum Ziel gesetzt hat.

Haushalten mit Energie hat sehr wohl etwas zu tun mit mehr Menschlichkeit. Die Besorgnis, von immer gewaltigeren, immer weniger durchschaubaren Apparaten immer abhängiger zu werden, ist weit verbreitet. Das wärmeisolierte Haus, der Sonnenkollektor auf dem Dach, das kleine Blockheizkraftwerk in der Nähe, die Müllverschmelzung vor Ort, das alles macht uns nicht nur sicherer, sondern auch ein bißchen unabhängiger von Entscheidungen, auf die wir keinen Einfluß haben

Unsere Position zum Bau von Kernkraftwerken ist:

1. Wir sehen nicht, wie die strengen Bedingungen, die der Bundestag für den Neubau von Kernkraftwerken festgelegt hat, in den nächsten vier Jahren bei uns erfüllt werden sollen. Daher werden wir keiner neuen Baugenehmigung zustimmen.
2. Wenn Philippsburg II fertig werden sollte, kann es ans Netz gehen, wenn die Entsorgungsbedingungen erfüllt sind, die in Berlin beschlossen wurden.
3. Auf dem politischen Scherbenhaufen Wyhl läßt sich kein Kernkraftwerk mehr bauen, wenn der innere Friede im Lande erhalten bleiben soll.

Bei unserem letzten Thema "Vorbeugen ist besser als kurieren" geht es nicht darum, die Grenzen des Sozialstaates zurückzunehmen, sondern darum, sie vorzuschieben, dahin, wo die Ursachen von Schäden und Krankheiten liegen.

Es ist gut, wenn wir für alle sorgen, die unter die Räder unserer Erfolgs- und Siegergesellschaft gekommen sind.

Aber es ist besser, alles zu tun, damit weniger Menschen psychisch und physisch krank gemacht werden, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Verkehr, durch Mangel an menschlicher Zuwendung, damit weniger Menschen im Betrieb oder auf der Straße verkrüppelt werden, damit weniger Arbeitnehmer durch wachsenden Streß zu Frührentnern werden, damit weniger junge Menschen in Drogen oder Alkohol flüchten, damit weniger Frauen ungewollt schwanger werden. Dabei gilt: Vorbeugen ist nicht nur besser, nicht nur menschlicher, sondern auch billiger als kurieren.

Wenn es gelingt, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen, sind die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg gerüstet. Auf jeden Fall gilt es jetzt, das politische Gleichgewicht im Lande wiederherzustellen, denn dies liegt nicht nur im Interesse der Sozialdemokraten, es liegt im Interesse des ganzen Landes und seiner Bürger.

(-/21.2.1980/hj/ca)



Probleme mit einem Grundrecht

Der Umgang mit Asylbewerbern ist schwierig

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB/MdEP

Stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Das Grundgesetz gibt politisch Verfolgten aus anderen Ländern in einzigartiger Weise ein Grundrecht auf Asyl in der Bundesrepublik Deutschland und damit einen entsprechenden Rechtsanspruch von Verfassungsrang. Andere Länder mögen zeitweilig im Ergebnis bei der Aufnahme von politisch Verfolgten aus bestimmten Ländern großzügiger und vor allem schneller gehandelt haben, dennoch haben sie sich insoweit nicht rechtlich gebunden. Sie wollen sich die Möglichkeit erhalten, gegebenenfalls einer Überschwemmung ihres Staatsgebietes durch Asylbewerber entgegentreten zu können. So ist aus diesem Grunde die Ergänzung der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten um ein Menschenrecht auf politisches Asyl in den zuständigen Gremien des Europarates zwar diskutiert, bisher aber nicht beschlossen worden.

Bittere Erfahrungen

Zur Ausgestaltung des Asylrechts als Grundrecht wäre es wohl ohne die bedrückende Erfahrung der massenhaften politischen Verfolgung durch das Naziregime nicht gekommen. Dieser Zusammenhang wird besonders deutlich in der Tatsache, daß zahlreiche jüdische Emigranten aus Deutschland in der Nazizeit in Argentinien aufgenommen wurden und nun politisch Verfolgte aus Argentinien in der Bundesrepublik Asyl begehren. Darum kann nach Lage der Dinge die Streichung des Asylrechts aus dem Grundrechtskatalog des Grundgesetzes trotz aller insbesondere in den letzten Jahren bei seiner Verwirklichung aufgetretenen Schwierigkeiten kein Gegenstand ernsthafter politischer Erwägungen sein.

Von diesen Schwierigkeiten muß jedoch auch deswegen schon gesprochen werden, weil nach unserem Verfassungssystem die Grundrechte nicht nur unverbindliche Programmsätze sind, sondern unmittelbar geltendes Recht. Ein weites Auseinanderklaffen zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit auf diesem Gebiet kann deshalb nicht hingenommen werden, ebensowenig eine Überflutung unseres Landes durch Zuwanderer, die das Asylverfahren mißbräuchlich für eine mindestens zeitweilige Einwanderung ausnutzen wollen.

Da ist zunächst einmal die kaum vermeidbare Unsicherheit bei der Definition des Begriffs der politischen Verfolgung. Sicherlich, im Laufe der Jahre hat eine umfangreiche höchst-richterliche Rechtsprechung diesen unbestimmten Rechtsbegriff weitgehend ausgefüllt. Doch immer wieder werden das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und die Gerichte mit neuen Sachverhalten konfrontiert, die dann gelegentlich zu - im Sinne des Wortes - fragwürdigen Entscheidungen führen. So wurde zum Beispiel einem Angehörigen der Volksfront zur Befreiung Palästinas, einer besonders exzessiven, nicht mit der PLO identischen arabischen Terrororganisation, der sich der weiteren Teilnahme an den Aktionen dieser Organisation durch Flucht in die Bundesrepublik entzogen hatte, das Asylrecht vom Verwaltungsgericht Ansbach mit der Begründung verweigert, selbst wenn man unterstelle, daß ihm bei Rückkehr in den Libanon die Todesstrafe drohe, so läge keine politische Verfolgung vor.

Es dauert zu lange

Eine weitere Schwierigkeit liegt in der bisher viel zu langen Dauer des Asylverfahrens, die bei Ausschöpfung aller Rechtsmittel nach der bisherigen Regelung bis zu sieben Jahren betragen konnte. Dadurch wurden in den letzten Jahren zahlreiche Einreisende aus Entwicklungsländern angelockt, deren Absichten darin deutlich wurden, daß sie häufig nur zwei Wörter kannten: "Asyl" und "Sozialamt". Bundestag und Bundesregierung haben Maßnahmen beschlossen, um dem beträchtlichen Anwachsen der Zahl von politisch nicht verfolgten Antragstellern entgegenzuwirken.



Gesetzliche Regelungen zur Verkürzung des Asylverfahrens unter Wahrung eines ausreichenden Rechtsschutzes konnten sich noch nicht nennenswert auswirken, weil ein Teil von ihnen erst zum Jahresanfang in Kraft getreten ist. Es besteht aber begründete Hoffnung, daß der Beschleunigungseffekt bald sichtbar werden wird. Dies ist nicht zuletzt auch deswegen dringend notwendig, weil auch diejenigen Antragsteller, die schließlich als politisch Verfolgte anerkannt werden, unter den langen Wartezeiten zu leiden haben. Die Bundesregierung hat außerdem mit einem gewissen Erfolg im Zusammenwirken mit den in Frage kommenden Ländern das Unwesen kommerzieller Organisationen eindämmen können, die solche unechten Asylanten systematisch bei uns einschleusen und diese sowie ihre Familien dabei schamlos ausbeuten.

Beamte überfordert

Es mag angesichts der geschilderten Situation verständlich erscheinen, daran zu denken, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Asyl-Antragsteller, deren Vorbringen offensichtlich unbegründet erscheint, schon an der Grenze oder bei dem ersten Vorbringen ihres Asylwunsches zurückgewiesen beziehungsweise ohne weiteres abgeschoben werden. Ein entsprechender Novellierungsantrag der Opposition, der die bisherige Praxis der Bayerischen Grenzpolizei gesetzlich festschreiben würde, liegt vor. Ob jedoch die Geltendmachung eines Grundrechts im Einzelfall berechtigt erscheint oder nicht, darüber kann nicht ein einzelner Beamter der Grenzpolizei oder einer Ausländerbehörde entscheiden. Dem Antragsteller würde dadurch der ihm zustehende Rechtsschutz abgeschnitten. Deswegen bestehen tiefgreifende verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein derartiges Vorgehen, noch mehr natürlich gegen seine bundesgesetzliche Verankerung.

Ärger mit den Ländern

Auch Personen, denen das Asylrecht zuerkannt worden ist, können aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen werden. Es ist deshalb klar, daß Entsprechendes auch für Asylbewerber gilt. Entscheidungen dieser Art werden von den für die Aufnahme jeweils in Frage kommenden Bundesländern getroffen. Die Praxis einiger von ihnen erscheint auf diesem Gebiet nicht bedenkenfrei. Ein Beispiel soll dies deutlich machen: Wenn jemand in einem Verfolgerstaat auch mit gewaltsamen Mitteln gegen das herrschende Regime gekämpft hat und dann wegen seiner Widerstandshandlungen verhaftet worden ist, so darf nicht, wie es geschehen ist, von der Sicherheitsbehörde in der Bundesrepublik daraus ohne weiteres gefolgert werden, er werde auch hier wohl wahrscheinlich mit Sprengstoff hantieren. Die Ablehnung eines Asylantrages aus einem solchen Grunde erscheint vor allem dann bedenklich, wenn für den Antragsteller eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben besteht, die durch die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland beendet werden kann. Auch sonst erleichtert die föderale Struktur der Bundesrepublik nicht gerade die Asylgewährung an politisch Verfolgte. Bund und Länder müssen sich nämlich über den entsprechenden Verteilungsschlüssel einigen.

Humanitärer Anspruch

Es ist unmöglich, im Rahmen eines notwendigerweise begrenzten Artikels die gesamte Problematik des Asylrechts abzuhandeln. Deshalb sei ohne nähere Erörterung im einzelnen nur noch darauf hingewiesen, daß sich die Fälle mehren, in denen Asylbewerber als politisch Verfolgte anerkannt werden, die aus Staaten kommen, die Vertragsparteien der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind. Kann es politische Verfolgung in einem solche Staat überhaupt geben, ohne daß die Konvention verletzt wird? Müßte die Bundesrepublik nicht eigentlich, wenn sie jemand, der aus einem solchen Staat kommt, als politisch Verfolgten anerkennt, gleichzeitig das für die Verletzung der Menschenrechtskonvention in diese vorgesehenen Verfahren in Gang setzen? So einfach diese Fragen zu stellen sind, so schwierig ist ihre Beantwortung im konkreten Fall, eine Beantwortung, die nicht allein eine juristische sein kann. Mit dem Grundrecht auf Asyl haben wir uns einem hohen Anspruch unterworfen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß uns die Verwirklichung dieses Grundrechtes viel zu schaffen macht und weiterhin zu schaffen machen wird. (-/ 21.2.1980/hj/oa)



Das liebe Geld

Christdemokrat Klepsch und der EG-Haushalt

Von Gerd Walter MdEP

Stellvertretender Obmann der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament

Peinlich und unangebracht ist ein Vorstoß der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) unter Führung des deutschen CDU-Abgeordneten Klepsch im Europäischen Parlament. Klepsch will erreichen, daß die Mitglieder des Europäischen Parlaments als einzige finanziell ungeschoren davonkommen, wenn es darum geht, die Folgen zu tragen, die aus der vorläufigen Ablehnung des EG-Haushalts 1980 durch das Europa-Parlament entstehen.

Der Hintergrund: Alle Dienststellen der EG müssen jetzt mit den Haushaltsansätzen von 1979 leben. Pro Monat darf jeweils ein Zwölftel davon ausgegeben werden. Auch das Europäische Parlament muß damit vorläufig mit den Mitteln auskommen, die auf das alte Parlament von 198 Abgeordneten zugeschnitten waren und für die nunmehr 410 Volksvertreter natürlich nicht reichen.

Die Folge: Jeder Abgeordnete bekommt lediglich 60 Prozent seiner Tagegelder und Reisekostenerstattungen ausgezahlt, und die Bürokostenpauschale von rund 2.500 DM ist gestrichen. Wenn sich Parlament und Ministerrat über den Haushalt 1980 zusammengerauft haben, wird nachgezahlt, versteht sich.

Wenn es nach den Christdemokraten geht, sollen also die Mitglieder des Hohen Hauses als einzige von diesen Folgen ihres eigenen Haushaltsablehnungsbeschlusses verschont bleiben.

Dazu ist festzustellen: Die Ablehnung des Haushalts war unbestritten richtig und politisch begründet. Die Abgeordneten würden unglaubwürdig, wenn sie sich jetzt vor den Folgen drücken wollten. Was für alle Dienststellen gilt, muß auch für sie gelten.

Skepsis herrschte wohl auch im Präsidium des Europäischen Parlaments: Die Initiative wurde zunächst an den Haushaltsausschuß zur Prüfung überwiesen.

Fragt sich jetzt nur, ob die mutige Parlamentsmehrheit gegen den Haushalt so groß gewesen wäre, wenn alle diese Folgen gekannt hätten.

(-/21.2.1980/va-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

